

EDITORIAL

❖ An der Wahlurne haben die Deutschen die großen Parteien kleiner gemacht und die kleinen Parteien größer. Deutlich weniger Bürger als bei der letzten Bundestagswahl sind zur Wahl gegangen und haben sich mehrheitlich für eine schwarz-gelbe Regierungskonfiguration entschieden. Letztlich hat in der Weltfinanzkrise doch die wirtschaftliche Kompetenzvermutung den Ausschlag gegeben (vgl. Seite 53 ff.). Vor allem den Sozialdemokraten ist – anders als 2005 – der Versuch missglückt, in der heißen Phase des Wahlkampfes in einem Aufholrennen an die favorisierte Union anzuschließen. Millionen ehemaliger SPD-Wähler entschieden sich für die Flucht in die Wahlabstinentz. Sie haben Anstoß genommen an der Agenda 2010 und Hartz-IV-Politik der Schröder-Regierung, deren Repräsentanten Frank-Walter Steinmeier, Franz Müntefering, Peter Struck und Peer Steinbrück in Angela Merkels Großer Koalition tragende Rollen übernommen hatten. Insofern war die Wahlkampfstrategie der CDU stimmig, jede Polarisierung möglichst zu vermeiden, auch wenn damit in Kauf genommen wurde, die Wahlbeteiligung weiter abzusenken. In unserem politischen System verhalten sich die Volksparteien zueinander wie kommunizierende Röhren: Geht es der einen schlecht, profitiert die andere. Deshalb kann niemandem der Weg gleichgültig sein, den nun die Sozialdemokratie nach ihrem Wahldebakel einschlägt. Die Linken in der SPD dürften die Wahlniederlage ihrer Partei als eine Befreiung aus der Zwangsjacke der Großen Koalition verstehen. Das große sozialdemokratische Tabu, mit der Partei „Die Linke“ auf Bundesebene keinerlei Kooperation einzuge-



hen, hat der Wahlsonntag weggeräumt. Die personellen und programmatischen Positionierungen der SPD nach der Wahl lassen erkennen, dass diese Volkspartei ihre Neuerfindung in der Opposition in einer Überbietungskonkurrenz mit der Linken sucht. Inhaltlich läuft dies auf eine Kooperation

zwischen der SPD und der Linken in der Opposition hinaus.

Die SPD wird also ihr Heil in der Zusammenarbeit mit der Linken suchen. Fünfzig Jahre nach ihrem Godesberger Programm, mit dem sie in der Sozialen Marktwirtschaft und dann auch mit der legendären Bundestagsrede von Herbert Wehner bei der Westorientierung angekommen war, droht nun eine Wendung nach rückwärts. Getrieben und zerrieben von der Linken, könnte – sobald die für die SPD unhinnehmbaren Personalien Lafontaine und Gysi durch Pensionierung erledigt sind – eine erneute Parteienvereinigung zur Debatte stehen. Sie wird allerdings eine andere sein als 1946, die in der SPD-Parteigeschichtsschreibung nach wie vor als „Zwangvereinigung“ etikettiert wird. Und dies nicht ganz zu Unrecht, denn bis hin zum Termin des Vereinigungsparteitages, auf dem die KPD und die SPD in der SBZ fusionierten, bestimmte der sowjetische Diktator Stalin das Geschehen. Was auf die SPD in den nächsten Jahren zukommt, ist eine innere Zerreißprobe, an deren Ende eine neue linke Volkspartei entstehen könnte und damit auch die Parteienlandschaft in Deutschland neu gestaltet würde. ❖

Wolfgang Bergsdorf

Wolfgang Bergsdorf